

Pressemitteilung zum öffentlichen Abendvortrag von Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung, Ludwig Erhard Zentrum Fürth am 11. September 2025

## **„Demokratie unter Druck. Herausforderung und Schutz des demokratischen Verfassungsstaates in Zeiten digitaler Zuspitzung und Manipulation“**

Auf Einladung des Vorstands der Stiftung Ludwig-Erhard-Haus sprach die Politikwissenschaftlerin und Direktorin der Akademie für Politische Bildung, Prof. Dr. Ursula Münch, am Donnerstag, den 11. September, über Ursachen und Auswirkungen des zurückgehenden Vertrauens der Bevölkerung in die tradierten politischen Parteien sowie in Politik und Medien im Allgemeinen. Dabei zeigte sie zunächst den Unterschied zwischen einem demokratischen Verfassungsstaat, in dem auch parlamentarische Mehrheiten nicht tun und lassen können, was sie wollen, sowie autoritären Systemen auf. Diese erzwingen Gefolgschaft u.a. durch Einschüchterung und die Einschränkung der Unabhängigkeit von Justiz und Medien. Dass in immer mehr etablierten Demokratien der Welt Teile der Bevölkerung dennoch bereit sind, populistischen oder gar extremen politischen Kräften zu folgen, erklärte sie mit der Unzufriedenheit der Menschen angesichts der derzeitigen politischen und medialen Prioritätensetzung: Gerade in Zeiten verunsichernder Krisen fordern viele Leute politisches Handeln ein, das die offensichtlichen Missstände im eigenen Land behebt. Einem größer werdenden Teil der Bevölkerung ginge es nicht um die „Rettung der Welt“-Themen, sondern um die Vorschläge der Parteien, wie man sich das Wohnen oder die Pflege im Alter noch leisten kann, wie man den Sozialstaat vor möglichem Missbrauch schützt, Arbeitsplätze sichert und die Innenstädte sicherer macht. Angesichts der Schwierigkeiten der etablierten politischen Parteien, diese und andere drängende Probleme zu lösen, würden sich mehr Wähler den „unverbrauchten“ politischen Kräften zuwenden. Dass diese nicht nur „rebellisch“ aufträten, sondern bewusst Extremismus in den eigenen Reihen hinnähmen, werde von den Unzufriedenen in der Wählerschaft in Kauf genommen: Hauptsache, es ändere sich etwas. Münch zeigte in ihrem Vortrag auf, dass die Problemwahrnehmung und die Selbstinszenierung populistisch argumentierender Parteien durch die massiven Veränderungen im Informations- und Kommunikationsverhalten und damit im Mediensystem begünstigt würden. Die Angebote seriöser Medien und die im Ergebnis auch mäßig wirkende Arbeit von Redaktionen würden weniger nachgefragt, was wiederum mit Qualitätseinbußen nach sich ziehe. „Unwahre Kommunikation“ (Julian Nida-Rümelin) und offensichtliche Lügen würden nicht zuletzt wegen ihres Unterhaltungswertes, aber auch wegen ihrer bewussten Unverblümtheit, nachgefragt. In der Folge bliebe nicht nur die Annäherung an die Wahrheit, sondern womöglich auch unsere Demokratie mit ihren rechtsstaatlichen Verfahren und ihren Verbürgungen auf der Strecke.

Die Referentin erläuterte, dass und warum selbst das so klug konstruierte Grundgesetz keinen verlässlichen Schutz vor dem politischen und ökonomischen Abgrund darstellen kann, in den die politischen Ziele und Maßnahmen der Autoritären und Völkischen nach ihrer Einschätzung zwangsläufig führen würde: „Die Verfassung kann uns nicht schützen, wir sie aber schon“. Das Verständnis in der Bürgerschaft für die Auswirkungen völkisch argumentierender Politikangebote müsse gestärkt und den digital verbreiteten Zuspitzungen, Lügen, Untergangsszenarien und Verführungen durch Wissensvermittlung, aber auch Regulierung der digitalen Plattformen aktiv begegnet werden. Unerlässlich sei aber vor allem eine stärker an den Bedürfnissen der Bevölkerung und der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ausgerichtete Politik, die jedoch nicht die akuten Gefahren des Klimawandels und der internationalen Machtverschiebungen ausblenden dürfe.